

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Annemshain, Deucha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeldberg, Klinge, Köhre, Lindhardt, Pompen, ~~...~~, ~~...~~)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich M. 3.—, jährlich M. 36.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren M. 47.50. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. 4spaltige Zeile M. 1.50, 3spaltige Zeile M. 1.20, 2spaltige Zeile M. 1.—, 1spaltige Zeile M. 0.75. — Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausragern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortlich: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gänig & Enle, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 115

Mittwoch, den 28. September 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 29. September 1921, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Auf Grund des Gesetzes über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 23. Juli 1921 werden die Lohnklassen und Beiträge vom 1. Oktober d. J. ab geändert.

Diese betragen bei einem Jahresarbeitsverdienst:

In Klasse A	bis zu	1000 Mh. wöchentlich	3 Mh. 50 Pfg.
In " B von mehr als 1000 "	3000 Mh. "	4 Mh. 50 Pfg.	"
In " C " " " 3000 "	5000 Mh. "	5 Mh. 50 Pfg.	"
In " D " " " 5000 "	7000 Mh. "	6 Mh. 50 Pfg.	"
In " E " " " 7000 "	9000 Mh. "	7 Mh. 50 Pfg.	"
In " F " " " 9000 "	12000 Mh. "	9 Mh. — Pfg.	"
In " G " " " 12000 "	15000 Mh. "	10 Mh. 50 Pfg.	"
In " H " " " 15000 Mh. bis	"	12 Mh. — Pfg.	"

Wegen Einteilung zu den neuen Lohnklassen werden die Herren Arbeitgeber um Angabe der am 1. Oktober d. J. geltenden Löhne und Gehälter der bei ihnen beschäftigten Personennamen bis zu demselben Tage ersucht. Nicht erforderlich sind diese Angaben bei den Versicherten, die der mitunterzeichneten Landkrankenkasse angehören.

Grimma und Naunhof, am 26. September 1921.

Allgemeine Ortskrankenkasse Grimma-Land. — Landkrankenkasse Naunhof.

Beschränkung unserer Ausfuhr?

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Gewiß sind sich nur wenige von denen, welche immer wieder mit Nachdruck Deutschlands Erfüllungswilligkeit betonen, darüber klar geworden, was die Steigerung der deutschen Warenausfuhr auf das zur Zahlung der Reparationsraten notwendige Maß für uns bedeuten würde. Die „Devisenumlage“, — d. h. die Beschlagnahme eines Teiles der beim Außenhandel in deutsche Hände gelangenden Zahlungsanweisungen auf das Ausland, — würde bestenfalls einen größeren oder kleineren Teil der festen Jahresrate von zwei Milliarden Goldmark sichern. Für die übrigen Beträge, also für den Rest der festen Jahresrate und die 26 Prozent vom Werte der deutschen Ausfuhr, müssen wir auf andere Weise Deckung zu schaffen suchen.

Wir haben als selbstverständlich angenommen, daß Sachlieferungen an unsere Reparationsgläubiger nicht als abgabepflichtige Ausfuhr gelten. Nach dem, was über die deutsch-französischen Lieferungsverbindungen bekannt geworden ist, ist es dem Ermessen Frankreichs überlassen, wie viel Sachgüter es von uns beziehen will. Wir dürfen also nicht denken, daß wir laufend einen erheblichen Teil unserer Schuldverpflichtung durch Material- und Warenlieferungen abtragen können. Wir haben mit den Beiträgen der deutschen Ausfuhr die unentbehrliche Einfuhr zu bezahlen und weiter die Mittel aufzubringen, um mindestens einen Teil der Vorräte und die auf der Ausfuhr begründete Zusatzrate aufzubringen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Ausfuhr um so weniger Devisen in Privat Händen läßt, je umfassender die Devisenbeschlagnahme durch das Reich ist. Seit Monaten hört und sieht man immer wieder, daß wir unsere Ausfuhr auf das äußerste steigern müssen. Je höher aber unsere Ausfuhr wird, um so höher werden die oben erläuterte Zusatzrate und damit die gesamte Zahlungsverpflichtung. Es ist wahrscheinlich, daß die Reparationskommission von den vorläufig nicht in Umlauf zu bringenden 80 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen in dem Maße ausgegeben wird, wie die deutsche Aufgabensumme steigt. Jeder Posten der Schuldverschreibungen, der einmal in Umlauf gebracht ist, erfordert aber laufende Verzinsung und Tilgung. Deshalb wird sich jede kommende Jahres-Zahlungsverpflichtung mindestens auf den Betrag der vorjährigen Zahlung stellen. Die Steigerung unserer Warenausfuhr schließt daher ernste Gefahren in sich. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der private Gewinn bei der gesteigerten deutschen Ausfuhr 26 Prozent erreichen wird, daß also, volkswirtschaftlich betrachtet, die Ausfuhr nutzbringend ist. Wer auf die Revision des Londoner Reparationsabkommens vom 5. Mai rechnet, muß alles vermeiden, was die deutsche Zahlungsverpflichtung in den nächsten Monaten und Jahren über das äußerste Maß hinaus steigert.

Nach diesen Betrachtungen muß man vielmehr zu dem Schluß gelangen, daß wir unsere Ausfuhr so wenig wie möglich erhöhen sollten. Das neue Projekt, über welches gegenwärtig zwischen Vertretern der deutschen Wirtschaft und der Reichsregierung verhandelt wird, bedeutet zum erheblichen Teil einen Schritt zur Befreiung von der Ausfuhr. Die Warenausfuhr wird uns mit Geldbußen belegt; die Wertausfuhr dagegen nicht. Stellen wir unsere Produktionsmittel als Pfand für ein großes internationales Darlehen zur Verfügung, und benutzen wir darüber hinaus den Personalkredit unserer Wirtschaft im Auslande zur Aufbringung weiterer Beträge, so können wir es erreichen, daß wir für eine gewisse Spanne Zeit die für die Vorzahlungen des Reiches notwendigen Devisen erhalten, ohne unsere Ausfuhr aufzupeitschen und ohne damit unsere Zahlungsverpflichtung zu steigern. Wird die große Kreditaktion von der gesamten deutschen Wirtschaft getragen, so wird die Gefahr unmittelbaren fremden Einflusses auf die deutsche Produktion gemindert.

Trotzdem trägt die neueste Kreditaktion den Stempel

Jahrmarkt in Bad Lausick

am 17. und 18. Oktober 1921.

Stadtrat Bad Lausick.

Auf Grund des Gesetzes über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 23. Juli 1921 werden die Lohnklassen und Beiträge vom 1. Oktober d. J. ab geändert.

In Klasse A	bis zu	1000 Mh. wöchentlich	3 Mh. 50 Pfg.
In " B von mehr als 1000 "	3000 Mh. "	4 Mh. 50 Pfg.	"
In " C " " " 3000 "	5000 Mh. "	5 Mh. 50 Pfg.	"
In " D " " " 5000 "	7000 Mh. "	6 Mh. 50 Pfg.	"
In " E " " " 7000 "	9000 Mh. "	7 Mh. 50 Pfg.	"
In " F " " " 9000 "	12000 Mh. "	9 Mh. — Pfg.	"
In " G " " " 12000 "	15000 Mh. "	10 Mh. 50 Pfg.	"
In " H " " " 15000 Mh. bis	"	12 Mh. — Pfg.	"

Wegen Einteilung zu den neuen Lohnklassen werden die Herren Arbeitgeber um Angabe der am 1. Oktober d. J. geltenden Löhne und Gehälter der bei ihnen beschäftigten Personennamen bis zu demselben Tage ersucht. Nicht erforderlich sind diese Angaben bei den Versicherten, die der mitunterzeichneten Landkrankenkasse angehören.

Grimma und Naunhof, am 26. September 1921.

Allgemeine Ortskrankenkasse Grimma-Land. — Landkrankenkasse Naunhof.

Beschränkung unserer Ausfuhr?

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Gewiß sind sich nur wenige von denen, welche immer wieder mit Nachdruck Deutschlands Erfüllungswilligkeit betonen, darüber klar geworden, was die Steigerung der deutschen Warenausfuhr auf das zur Zahlung der Reparationsraten notwendige Maß für uns bedeuten würde. Die „Devisenumlage“, — d. h. die Beschlagnahme eines Teiles der beim Außenhandel in deutsche Hände gelangenden Zahlungsanweisungen auf das Ausland, — würde bestenfalls einen größeren oder kleineren Teil der festen Jahresrate von zwei Milliarden Goldmark sichern. Für die übrigen Beträge, also für den Rest der festen Jahresrate und die 26 Prozent vom Werte der deutschen Ausfuhr, müssen wir auf andere Weise Deckung zu schaffen suchen.

Wir haben als selbstverständlich angenommen, daß Sachlieferungen an unsere Reparationsgläubiger nicht als abgabepflichtige Ausfuhr gelten. Nach dem, was über die deutsch-französischen Lieferungsverbindungen bekannt geworden ist, ist es dem Ermessen Frankreichs überlassen, wie viel Sachgüter es von uns beziehen will. Wir dürfen also nicht denken, daß wir laufend einen erheblichen Teil unserer Schuldverpflichtung durch Material- und Warenlieferungen abtragen können. Wir haben mit den Beiträgen der deutschen Ausfuhr die unentbehrliche Einfuhr zu bezahlen und weiter die Mittel aufzubringen, um mindestens einen Teil der Vorräte und die auf der Ausfuhr begründete Zusatzrate aufzubringen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Ausfuhr um so weniger Devisen in Privat Händen läßt, je umfassender die Devisenbeschlagnahme durch das Reich ist. Seit Monaten hört und sieht man immer wieder, daß wir unsere Ausfuhr auf das äußerste steigern müssen. Je höher aber unsere Ausfuhr wird, um so höher werden die oben erläuterte Zusatzrate und damit die gesamte Zahlungsverpflichtung. Es ist wahrscheinlich, daß die Reparationskommission von den vorläufig nicht in Umlauf zu bringenden 80 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen in dem Maße ausgegeben wird, wie die deutsche Aufgabensumme steigt. Jeder Posten der Schuldverschreibungen, der einmal in Umlauf gebracht ist, erfordert aber laufende Verzinsung und Tilgung. Deshalb wird sich jede kommende Jahres-Zahlungsverpflichtung mindestens auf den Betrag der vorjährigen Zahlung stellen. Die Steigerung unserer Warenausfuhr schließt daher ernste Gefahren in sich. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der private Gewinn bei der gesteigerten deutschen Ausfuhr 26 Prozent erreichen wird, daß also, volkswirtschaftlich betrachtet, die Ausfuhr nutzbringend ist. Wer auf die Revision des Londoner Reparationsabkommens vom 5. Mai rechnet, muß alles vermeiden, was die deutsche Zahlungsverpflichtung in den nächsten Monaten und Jahren über das äußerste Maß hinaus steigert.

Nach diesen Betrachtungen muß man vielmehr zu dem Schluß gelangen, daß wir unsere Ausfuhr so wenig wie möglich erhöhen sollten. Das neue Projekt, über welches gegenwärtig zwischen Vertretern der deutschen Wirtschaft und der Reichsregierung verhandelt wird, bedeutet zum erheblichen Teil einen Schritt zur Befreiung von der Ausfuhr. Die Warenausfuhr wird uns mit Geldbußen belegt; die Wertausfuhr dagegen nicht. Stellen wir unsere Produktionsmittel als Pfand für ein großes internationales Darlehen zur Verfügung, und benutzen wir darüber hinaus den Personalkredit unserer Wirtschaft im Auslande zur Aufbringung weiterer Beträge, so können wir es erreichen, daß wir für eine gewisse Spanne Zeit die für die Vorzahlungen des Reiches notwendigen Devisen erhalten, ohne unsere Ausfuhr aufzupeitschen und ohne damit unsere Zahlungsverpflichtung zu steigern. Wird die große Kreditaktion von der gesamten deutschen Wirtschaft getragen, so wird die Gefahr unmittelbaren fremden Einflusses auf die deutsche Produktion gemindert.

Trotzdem trägt die neueste Kreditaktion den Stempel

alle diese Verhältnisse wird gerade das Gegenteil von dem erzielt, was man erhofft. Ein Beispiel dafür ist der größte Schuldnerstaat Deutschland und der größte Gläubigerstaat Amerika. In Deutschland arbeiten die Industrien intensiv. Deutschland wird durch seine Ausfuhr in die Lage versetzt, fast jeden Markt, den es befehligt, zu erobern. In den Vereinigten Staaten ist die Lage ganz anders. Sie verfügen über Berge von Gold. Der amerikanische Ausfuhrhandel wird jedoch sehr eingeschränkt. In Amerika sind dreimal soviele Erwerbslose wie in England, und ein Steigen der Kurve für die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angekündigt. England habe versucht, soweit möglich, Deutschland eine Möglichkeit zu sichern, seine eigene Wohlfahrt wieder aufzubauen, mit der die Wohlfahrt Frankreichs und Englands so eng verknüpft sei. England habe sich erboten, zu vergessen und alle Schulden zu streichen, die ihm europäische Nationen schuldeten, vorausgesetzt, daß England von der geringeren Schuld befreit werde, die es für seine Krediten bei den Vereinigten Staaten aufgenommen habe. So wichtig auch die Konferenz ist, die demnächst in Washington über die Frage der Abklärung stattfinden soll, eine Konferenz über die Schaffung normaler Währungen würde wertvoller sein und noch dringlicher. Man darf vielleicht hoffen, daß sich die eine aus der andern entwickeln wird.

Revision des Versailler Vertrages notwendig.

Einen bemerkenswerten Artikel veröffentlicht der angesehenste englische Publizist Dillan über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die schließlich zu einer Weltkatastrophe führen müßten. Die Hauptschuldigen dieser Katastrophe würden diejenigen sein, die die geheimen wirtschaftlichen Pläne zwischen den Nationen nicht erkennen wollten. Einer der Hauptfaktoren, durch die eine Weltkatastrophe vorgebeugt werden könnte, sei der, daß Amerika sein überflüssiges in den Treibschiffen liegendes Gold herausgeben und in den Dienst der Weltwirtschaft stellen müsse. Ein weiterer, wohl ebenso wichtiger Faktor sei der einer Revision der wirtschaftlichen Verbindungen der Friedensverträge, namentlich des Versailler Vertrages.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Französische Stimmen der Vernunft.

Zu den Verhandlungen, die gegenwärtig zwischen der deutschen Regierung und Vertretern der Bank- und Industriekreise geführt werden, teilt die französische Presse mit, man sehe eine Gewähr dafür, daß Deutschland in der Tat alles tue, um seinen Verpflichtungen gerecht zu werden. Die Mobilisation der Milliarden, so meint die „Information“, sei tatsächlich nicht ganz so leicht, wie man es sich in Frankreich vorzustellen scheint. Man habe in Berlin von Anfang an eine internationale Anleihe im Auge gehabt, um mit einem Schläge einen Teil der Reparationslast abzuführen. Man werde darauf zurückkommen müssen, denn dieser Gedanke sei schon damals der richtige gewesen, und er sei es auch heute noch. Es sei nicht ausgeschlossen, daß, so schreibt das Blatt, Deutschland auf der Washingtoner Konferenz unerwartete Unterstützung finden werde.

Die Verständigung mit Bayern.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Ministerpräsidenten widelten sich auf der Grundlage beiderseitigen Einigens ab. Die Einigung wurde dadurch gefunden, daß die Reichsregierung Paragraph 1 der Verordnung insofern zu ändern bereit ist, als es zukünftig heißen wird „zum Schutze der Vertreter des öffentlichen Lebens“, statt wie bisher „zum Schutze der Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform“. In der Frage der Zeitungsbefreiung wird den Ländern eine weitere Vollziehbarkeit als bisher gelassen. Die Reichsregierung hat ferner dem Grafen Verchenfeld für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern eine kurze Frist zugesprochen zur Festigung der Verhältnisse, dann soll der Ausnahmezustand aufgehoben werden. Die amtliche Rundgebung über die Verständigung wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Abermals eine französische Note.

Nach einer Mitteilung aus Paris hat die französische Regierung dem deutschen Außenministerium eine Protestnote gegen den angeblichen Boykott französischer Waren in Deutschland überreichen lassen. — Diese Note soll offenbar dazu dienen, die französischen Forderungen bezüglich der Befugnisse des Internationalen Überwachungs Ausschusses zu rechtfertigen. Es werden in Paris eben alle Mittel herbeigesucht, um die Aufhebung der Wirtschaftsanstalten am Rhein zu hintertreiben.

Schweiz.

Der Völkerbund gegen internationale Kredite. Die Unterkommision für Politische Angelegenheiten, die unter dem Vorsitz Motta-Schweiz die Diskussion bearbeitet, stellte in ihrer letzten Sitzung fest, daß die verschiedenen Regierungen nicht in der Lage sind, Kreditbitten zu gewähren. Sie lehnt daher den Vorschlag ab, von den Regierungen dringende Kredite zu fordern und den Völkerbundrat mit der Organisation der Internationalen Kredite zu beauftragen.

Albanien.

× Südslawischer Überfall. Über Italien kommende Nachrichten geben Einzelheiten über einen von südslawischen

cher, also serbischer Seite ausgeführten kriegerischen Einfall in albanisches Gebiet. Ein südslawischer Offizier an der albanischen Grenze, der dem befehlhabenden albanischen Offizier das Ultimatum stellte, die Stellungen am Fluss Drina innerhalb von 24 Stunden zu räumen. Der albanische Offizier übersandte das Ultimatum der Regierung in Tirana, die beim Völkerverbund telegraphischen Protest erhob. Nach Ablauf der 24 Stunden besetzten die südslawischen Truppen nach ernsthafter Beschießung die Stadt Krass und ihre Umgebung. Unter der Bevölkerung herrscht große Erregung über diesen dreifachen Handstreich und bereitet sich auf Widerstand vor.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der frühere verantwortliche Redakteur der kommunistischen 'Rote Fahne', Landtagsabgeordneter Werner Schölem, ist festgenommen worden. Der Haftbefehl ist wegen dringenden Verdachts des Hochverrats erlassen worden, nachdem der preussische Landtag die strafrechtliche Verfolgung genehmigt hatte.

Paris. Der 'Matin' meldet, daß die neue Besprechung zwischen Loucheur und Winiker in Athenau in Wiesbaden am 1. und 2. Oktober stattfinden wird.

London. Die Berichte aus Irland lauten nicht sehr ermutigend, die Unruhen in Belfast scheinen einen ziemlichen Umfang angenommen zu haben.

Budapest. Von der Galerie der Nationalversammlung wurden auf den ehemaligen Präsidenten der Versammlung Károlyi fünf Revolver schüsse abgegeben, die jedoch niemanden trafen. Der Täter wurde festgenommen.

Konstantinopel. Die Türken sollen die Stadt Seb el Ghay besetzt haben. Die türkischen Vortruppen befinden sich angeblich 30 Kilometer östlich von Seb el Ghay. Die Besetzung von Seb el Ghay wird behauptet.

Helsingfors. Nach Moskauer Nachrichten hat das russische Zentral-Exekutiv-Komitee den Präliminarfrieden mit Norwegen am 19. September ratifiziert.

Parlamentarischer Aufakt.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Der Dienstag und Mittwoch bedeuten den Anfang der parlamentarischen Winterarbeit. Der Reichstag und der preussische Landtag nehmen an diesen Tagen ihre Sitzungen wieder auf, mit denen ein sehr wichtiges Stück politischer Einwirkung verknüpft ist. Es handelt sich, kurz gesagt, darum, durch die Beschlußfassung über ein neues großes Steuerprogramm die Grundlagen für die Erfüllung des Ultimatums — soweit dieses überhaupt erfüllbar ist — zu schaffen und damit die außenpolitische Stellung Deutschlands zu sichern. Im Innern aber ist die Voraussetzung für diese Steuererhebung eine Umgruppierung der Parteien, die die Regierung stützen, und die aus ihren Reihen die Ministerposten besetzen. Nachdem der ganze Sommer der Vorbereitung dieser Umbildung der Regierung gewidmet war, hat es jetzt den Anschein, daß das Ziel, eine große Koalition der Mitte, nicht mehr in unerreichtbarer Ferne liegt, doch dürfte immerhin noch eine geraume Spanne Zeit vergehen, ehe ein festes Ergebnis erreicht ist, welches den Beginn sachlicher fruchtbringender Arbeit gestattet. Die ersten Wochen der Reichstagsarbeit werden voraussichtlich in der Hauptsache neue Verhandlungen zwischen den Parteien bringen, die für die Neubildung der Regierung in Frage kommen, ferner wird es eingehende Erörterungen der allgemeinen politischen Lage geben, wie sie durch die mit der Ermordung Erzbergers zusammenhängenden Ereignisse geschaffen worden ist. Einige Interpellationen stehen in diesem Zusammenhang in Aussicht, und bald wird wegen der Parteitage der Volkspartei und der Demokraten eine Unterbrechung der Vollstreckung nötig werden. Auch die preussische Regierungsfrage, die nur im Zusammenhang mit der Umbildung der Reichsregierung gelöst werden kann, wird noch den Anlaß zu manchen schwierigen Verhandlungen bilden, ehe die Parlamente sich wieder in der gewohnten Bahn gleichmäßiger Arbeit bewegen können.

Am Montag hat in Berlin als Einleitung der parlamentarischen Tätigkeit eine Zusammenkunft der Führer der Koalitionsparteien, mit dem Reichskanzler stattgefunden, bei der die gesamte politische Lage nebst den besonderen Problemen der Regierungsumbildung erörtert wurde. Im Vordergrund stand ein Bericht des Wieder- und Außenministers Dr. Rathenau über seine Verhandlungen mit Loucheur. Ferner handelte es sich bei den Besprechungen um die bevorstehenden Arbeiten des Reichstages, insbesondere um die Frage, in welcher Reihenfolge die einzelnen Gesetzesvorlagen zur Erledigung gebracht werden sollen. Auch mit den Führern der Deutschnationalen, der Volkspartei und den Unabhängigen hatte der Reichskanzler getrennte Unterredungen. Die Besprechungen über die Regierungsfrage sind aus dem Stadium der grundsätzlichen Bereitschaft des Zusammenarbeitens von Volkspartei und Sozialdemokraten noch nicht herausgekommen.

Die Deutsche Volkspartei hat einen Ausschuss von mehreren Mitgliedern eingesetzt, um die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen eine Mitwirkung der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung möglich wäre. Wie verlautet, werden die Forderungen der Deutschen Volkspartei, falls man an sie herantritt, weniger in Personal- oder Ressortforderungen, als in der Forderung der Aufstellung eines sachlichen Programms zur Lösung der aktuellen Fragen, namentlich auf finanziellen Gebieten, bestehen. Man sieht in Kreisen der Deutschen Volkspartei die finanzielle Lage des Reiches als außerordentlich ernst und gefährdet an und würde zu einer Mitarbeit sich nur bereitfinden, wenn energische Mittel angewendet werden, um das Glanz der Reichsfinanzen zu beseitigen. Da diese Haupt- und Kernfrage der deutschen Politik selbstverständlich auch bei allen andern Parteien die gleiche Bewertung findet, so ergibt sich daraus von selbst, auf welchen Wegen sich die politischen Beratungen der nächsten Wochen bewegen werden.

Zurückgehaltene Spende für Oberösterreich.

Amerikanische Millionen in französischen Händen.

Eine ganz merkwürdige Angelegenheit kommt soeben ans Tageslicht. Sie scheint ein weiterer Beweis dafür zu sein, mit welcher Parteilichkeit die französischen Beauftragten in Oberschlesien ihres Amtes walten.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind, wie jetzt bekannt, riesensummen, man spricht von rund 50 Millionen Mark, für die durch den letzten Vorkriegsstand geschädigten Oberschlesier gesammelt und an den Vorsitzenden der Interalliierten Kommission in Oppau, den französischen General de Raub, überwiesen worden. Eine Mitteilung an deutsche Kreise über diese große Stiftung ist bisher nicht erfolgt.

Zufällig wurde die Tatsache der Schenkung erst in Oberschlesien bekannt, als ein hoher englischer Offizier sich vor einigen Tagen an eine führende deutsche Ver-

treterin wandte und dabei erwähnte, daß die englische Vertretung bei der Interalliierten Kommission gern die deutschen Vorschläge über die Verteilung der amerikanischen Millionen hören würde. Der Offizier war sehr erstaunt, daß die deutschen Kreise in völli ger Unkenntnis über die amerikanische Sammlung waren. Der englische Offizier erklärte dann weiter, daß er selbstverständlich auch den deutschen Standpunkt vertreten, die amerikanischen Millionen müßten ausschließlich den durch den Vorkriegsstand geschädigten Oberschlesiern und ober-schlesischen Flüchtlingen zugute kommen. Ein Gerücht, nach dem das rote Kreuz einen Teil des Geldes erhalten haben sollte, stellte sich als falsch heraus. Der Grund für die Zurückhaltung soll, wie weitere Feststellungen ergaben, darin liegen, daß die Franzosen in der Interalliierten Kommission den Plan festhalten, die 50 Millionen zur Hälfte an deutsche und zur Hälfte an polnische Organisationen in Oberschlesien geben. Dem steht aber eine direkte Anweisung der amerikanischen Geber entgegen, die ausdrücklich verlangt haben sollen, die Interalliierte Kommission müsse Gewähr dafür bieten, daß keinerlei Geldzuweisungen an solche Personen erfolgen, die am polnischen Aufstand teilgenommen haben. Alle Versuche, genügende Aufklärung über die Sache zu erhalten, sind bisher vergeblich geblieben.

Die Trauerfeier in Oppau.

Eine Rede des Reichspräsidenten.

Ludwigshafen, 26. September.
Gestern vormittag fand bei den Ehrengräbern der bei der Explosionskatastrophe getöteten Personen die Trauerfeier statt, unter Beteiligung einer großen Zahl von Arbeitervereinen und Gewerkschaften. Die Zahl der Teilnehmer an der Trauerfeier wird auf 75 000 geschätzt. Es waren erschienen: Reichspräsident Ebert, der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, der badische Staatspräsident Trunk, der badische Ministerpräsident, Vertreter der badischen Regierung, Reichstags- und Landtagsabgeordnete der verschiedenen Länder, die Oberbürgermeister der Städte Mannheim und Ludwigshafen und Vertreter der Befugungsbehörden. Der Vertreter des Generals Tirard, General de Raub, sprach dem badischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Ministerpräsidenten sein Beileid aus und legte an den Gräbern einen kostbaren Kranz nieder. Im Namen der Reichsregierung und des Reiches dankte Reichspräsident Ebert dem General für die Anteilnahme und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß am Grabe der Opfer die Menschlichkeit über die Landsgrenzen reiche. Den Worten des Reichspräsidenten schloß sich Graf Lerchenfeld an. Im Namen des Generals Dagoutte und der französischen Armee sprach General Dougan aus Ludau Weisheitsworte, auf die der Reichspräsident und der bayerische Ministerpräsident antworteten. Die Vertreter der Befugungsarmee verabschiedeten sich hierauf mit der Begründung, die nationale Feier für die Toten durch ihre Anwesenheit nicht stören zu wollen.

Die eigentliche Trauerfeier wurde mit einem Musikstück und einem Chorgesang sämtlicher Männergesangsvereine von Ludwigshafen und den Vororten eingeleitet. Dann sprach der Oberbürgermeister von Ludwigshafen und Vertreter der Arbeitervereine, der Gewerkschaften und der Direktion der badischen Anilin- und Sodafabrik.

Hierauf ergriff Reichspräsident Ebert das Wort, um den Leidtragenden das Mitgefühl des ganzen deutschen Volkes auszudrücken, das sich solidarisch wisse in der Pflicht, die Not der Oppauer Bevölkerung nach besten Kräften zu lindern. Er sagte u. a.: 'Wir beklagen an dieser Stelle so viele pflichterene Arbeiter, die einer furchtbaren Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hat das furchtbare Unglück Anteilnahme erweckt. Aus allen Teilen der Welt sind uns Teilnahmebekundungen und wertvolle Hilfe übermitteln worden. Ich spreche hierfür unseren herzlichsten Dank aus.' Der Reichspräsident gab schließlich der Hoffnung auf die Wiederherstellung der zerstörten Werke Ausdruck. Nach ihm sprachen der bayerische Ministerpräsident, der badische Staatspräsident und der Vertreter der preussischen Reichsregierung. Von allen Rednern wurden Kränze niedergelegt. Mit einem Trauermarsch und einem allgemeinen Trauergeläute fand die Trauerfeier ihren Abschluß.

Die Ursachen der Katastrophe.

Von besonderem Interesse waren die Mitteilungen über die Ursachen der Katastrophe, die bei der Trauerfeier vom Direktor Bosh, dem Begründer der Oppauer Fabrik, gemacht wurden. Zunächst gab er eine kurze Schilderung von den mühevollen und gefährlichen Untersuchungen, die schon lange vor dem Kriege in der Stickstoffabrikation ausgeführt worden sind. Die wirtschaftliche Not, die schlechte Ernährung, die der Krieg dem deutschen Volke brachte, haben unerbittlich zum weiteren Ausbau dieser Industrie gezwungen. Man sei sich darüber klar gewesen, daß diese Industrie Gefahren für die Arbeiterschaft birge. Aber die Chemiker der Fabrik hätten immer ihre Pflichten genauestens erfüllt, keine Vorsichtsmaßregel außer acht gelassen, und auch im vorliegenden Falle treffe die Direktion keine Schuld. Eine neue unbekannte Naturkraft habe alle bisherigen Bemühungen zunichtemacht, und mit Schrecken habe man erkennen müssen, daß der Stoff, der bestimmt war, die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen, sich plötzlich als grimmiger Feind erwiesen habe. Von anderer Seite wird dazu bemerkt, daß die Explosionsgefährlichkeit von Ammoniumsulfatpeter schon früher bekannt gewesen sei.

Gründung eines Hilfsauschusses.

Unter Beteiligung der Reichsbehörden des bayerischen Handelsministers, des badischen Arbeitsministers und anderer Behördenvertreter der Spitzenorganisationen von Handel und Industrie und Arbeitnehmer, sowie der Führer der Wohltätigkeitsorganisationen und den Vertretern der Presse wurde in Berlin die Gründung eines Reichshilfsauschusses für Oppau beschlossen. Der Ausschuss hat bereits einen Aufruf für die Opfer der Katastrophe erlassen. Spenden werden auf die Postkonten Berlin Nr. 117 000, Frankfurt a. M. Nr. 55 000 und Ludwigshafen Nr. 15 000 entgegengenommen. Die Eröffnung weiterer Annahmestellen steht bevor.

Der französische Oberkommissar Tirard hat angesichts des außerordentlichen Umfangs der Katastrophe eine neue Summe von 10 000 Franken überwiesen, die den Hinterbliebenen der Opfer durch Vermittlung des Bezirksamtes, der Bürgermeister der verwundeten Ortschaften und der katholischen und protestantischen Geistlichkeit von Ludwigshafen zuzuführen soll.

Neue Feststellungen über die Opferzahl.

Nach den bisher durch das Ludwigshafener Bürgermeisterrat veröffentlichten Listen der bei der Explosion verunglückten Personen sind 235 Tote gemeldet, die mit Namen einwandfrei festgestellt sind, und außerdem 75 Tote, die unerkannt dem Friedhof übergeben worden. Seitens der Angehörigen sind bisher 69 Personen benannt gemeldet worden. In den Krankenhäusern der Gegend in Mannheim, Heidelberg usw. sind 519 Verwundete auf-

genommen worden. Die vielfach verbreitete Nachricht, daß unter den Trümmern des Werkes Oppau noch Lebende seien und sich durch Zeichen verständigt hätten, trifft nicht zu.

Vollstündliche Rechtspflege.

Erhöhte Mitwirkung der Schöffen. — Neue Gesegentwürfe.

Die Bestrebungen, die deutschen Gerichte und ihre Tätigkeit möglichst zu vereinfachen und der Neuzeit anzupassen, umfassen außer der großen, seit Jahren in Angriff genommenen Reform des Strafgesetzbuches auch eine Reihe Einzelmaßnahmen, über die wir aus dem Reichsjustizministerium folgende Einzelheiten erfahren:

Der Wunsch, an der Rechtsprechung der Strafgerichte Leben in weit größerem Umfange als bisher zu beteiligen, erscheint berechtigt und so dringlich, daß er schleunigt und noch vor der Durchführung der großen Reform erfüllt werden muß. Dabei kommt es darauf an, daß einerseits der Kreis der Personen, die zur Mitwirkung an der Rechtsprechung berufen sind, andererseits der Kreis der Gerichte, bei denen eine solche Mitwirkung stattfindet, möglichst erweitert wird. Diese Erwägungen haben schon vor einiger Zeit dahin geführt, die Tagelöhner der Schöffen und Schwurjuroren zu erhöhen, um dadurch allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft, die Teilnahme an der Rechtsprechung mehr als bisher zu ermöglichen. In gleicher Richtung bewegt sich ein kürzlich dem Reichstage vorliegender Gesegentwurf, wonach den von den Selbstverwaltungskörpern in den Ausschüssen für die Auswahl der Schöffen und Schwurjuroren entsandten Vertrauensmännern Tagelöhner gewährt werden sollen. Ein Gesegentwurf, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und dem Schwurjurorenamt eröffnet, liegt, wie bekannt, bereits dem Reichstage vor. In Vorbereitung befindet sich ein Gesegentwurf, der eine

Umformung der Strafgerichte

bringt. In den Sachen, in denen bisher die ausschließlich mit Berufsrichtern besetzten Strafkammern urteilten, sollen künftig Schöffen mitwirken. Außerdem soll in diesen Sachen, ebenso wie es schon heute gegenüber den Urteilen der Schöffengerichte der Fall ist, die Berufung zugelassen werden und auch die Berufungsgerichte sollen mit Schöffen besetzt werden. Weiterhin liegen dem Reichstage der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes vor, der eine Erhöhung der Geldstrafen, eine

Ausdehnung der Geldstrafe

und im Zusammenhang damit eine wesentliche Einschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen vorseht. Beide Entwürfe werden voraussichtlich in kürzester Zeit im Reichsrat zur Beratung gelangen. In der Ausarbeitung begriffen ist ferner ein Entwurf, der die politischen Strafvorschriften des geltenden Strafgesetzbuchs den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen anpaßt. Dabei wird auch auf einen wirksameren Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und ihrer Repräsentanten Bedacht genommen werden. Neben diesen Gesegentwürfen gehen die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts weiter. Der im Anfang dieses Jahres veröffentlichte

Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch

hat Anlaß zu einer Reihe mehr oder minder eingehender Kritiken gegeben; gleichzeitig sind die Landesregierungen ersucht worden, zu den Vorarbeiten des Entwurfs Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse der öffentlichen Kritik und die Äußerungen der Landesregierungen werden die Grundlagen für die Ausarbeitung der Regierungsvorlage bilden, die mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden wird.

Gänzender Abschluß der Autorennen

(Massenbesuch im Grunewald. — Spannende Kämpfe.)

Berlin, 26. September.

Nicht weniger als eine halbe Million begeisterte Sportfreunde fanden sich am zweiten Renntage bei der neuen Grunewaldbahn ein, und 60 000 Besucher hatte die gleichzeitig stattfindende Automobilausstellung am gleichen Tage zu verzeichnen — solche Ziffern beweisen, einen wie außerordentlichen Erfolg der Automobilrennsport mit dieser einzigartigen, zudem vom prachtvollsten Wetter begünstigten und im Gegensatz zu früheren Rennen durch keinen Unglücksfall getriebenen Veranstaltung ertragen hat. Die 10 000 Tribünenplätze waren natürlich nur den kleinsten zahlungsfähigsten Bruchteil der Zuschauer-mengen, die in dichtesten Scharen die 10 Kilometer lange Bahn umlagerten und sogar die Bäume erfletterten, um von oben die spannenden Kämpfe zu verfolgen, die sich besonders in den gefährlichen Kurven entwickelten.

Die drei Rennen des zweiten Tages wurden von Wagen zu 6, 8 und 10 Pferdestärken bestritten. Das erste führte über 120 Kilometer, also sechsmal um die lange Bahn. Sieger wurde ein Wagen der Firma Ag a (Fahrer Phillip) in 63 Minuten 23 Sekunden, Zweiter Dixi (Fahrer Heintze) in 69 Minuten 35 Sekunden und Dritter Dixi (Fahrer Braun) in 69 Minuten 36 Sekunden. Beim zweiten Rennen für 8 P.S.-Wagen über 140 Kilometer schieden alle Konkurrenten wegen Motorschäden während des Rennens bis auf einen aus. Dieser, ein Dino s-Wagen (Fahrer Dunlop), bewältigte seine Aufgabe in 1 Stunde 17 Minuten und 14 Sekunden.

Besonders aufregende Augenblicke brachte das dritte Rennen der 10 P.S.-Wagen, bei welchem der Sieger des ersten Renntages, Fritz v. Opel, wieder im Wettbewerb stand und mit seiner überaus temperamentsvollen und mutigen Fahrweise alles in anstrengender Spannung versetzte, besonders wenn er bei den 8 Kurven in fast unvermindert Geschwindigkeit in die enge Südkurve raste. Dennoch war ihm diesmal infolge eines Versagens der Zylinder seines Motors der Sieg nicht beschieden. Ein von Kieck e gesteuerter A. A. S.-Wagen, der in bewundernswürdiger Sicherheit das ungemein scharfe Tempo von etwa 130 Kilometern pro Stunde fast gleichmäßig durchhielt, konnte den Opelwagen, der in den letzten Runden nur noch mit drei Rhythmen fuhr, überholen und ging mit 1 Stunde 13 Minuten und 51 Sekunden für die 160 Kilometer als Erster durchs Ziel. Da diesmal von elf startenden Wagen zehn bis zum Schluß durchhielten, gab es in diesem Rennen natürlich besonders viele spannende Einzelkämpfe mit Überholungen und wechselnden Ausschüßen auf den Erfolg. Die Geschwindigkeit der schnellsten und der langsamsten Wagen unterschied sich für die ganze lange Fahrt nur um ungefähr eine Viertelstunde. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß es sich dabei um Fahrzeiten handelt, bei denen die Wagen 30 bis 35 Meter in jeder Sekunde über die Bahn fliegen, also durchschnittlich 100 Meter entfernt sind, ehe man sozusagen bis drei zählt. Schnelligkeiten, die diejenigen der raschesten D-Jüge weit übertreffen.

Zum Schluß der Veranstaltung, während die Flugzeuge über der Rennbahn kreisten, fuhrren mehrere feuerreiche Wagen mit Kränzen geschmückt an den Tribünen vorbei, während sie von einem andern Automobil als kinematographisch aufgenommen wurden. Unter brandendem Beifall der Besucher für die Fahrer und die Fabrikanten, die mit diesen Rennwagen neue Zeugnisse vom Fortschritt des deutschen Gewerbetreibers abgelegt haben, fanden die feierlichen Tage mit dieser Ehrenrunde ihren Abschluß.

Sächliche

Wien
Sonnenoutgang
Sonnenuntergang
1803 Maler
Ritter gest. —
Stiftung Straßburg
naßentmal auf

Das Reich
die Festlegung v
Schäden aus An
ist die Errichtu
Africa'schäden
der Einrichtung
Vorentscheidun
Amt ist die Gef
schädigungsamt
Dienststräume st
befindend. Die
heuten, die das
amies für Arleg
bet ferner über
oder Verpändu
drängungsbede
landschädengeset
bei der Geschäfts
vertretungen der
stellen einzureich
der Vorprüfung
schluß sehr nä
leit der Stellen

Schmidm
nahme neuer U
lichen Ländern
fürsorge, E. V.
Totenfonta
Lage, außer in
Kumänien, Pol
deutsche Kriegs
Die insgesamt i
dem September
bekanntgeben.
Rathhäufigkeit

Haushof,
uns eine große W
per Baha, teils zu
lange Volk in gedi
sch um den Handl
hier an wegmee
spielen, an welche
neue Dramatische
dem Zuge befanden

Als eine
Mühle Einhard
August bis. 35. De
nach und nach j
Werte von mehrer
Sachen bei ihrer
Die Diebin wurde
bei ihren Eltern
in jämliche geföh
juridischgeben we
+ Rein Harig
nunmehr zur Einje
in der letzten Zei
gefeh worden. Tr
verhältnismäßig
gesammelt dieser
von Münzen ist
heraus mit Ha
+ Das schäch
Landeslebensmit
ist wird. Die W
Landeszentralbeh
Aufgaben erledig
schäft. Mit der W
die durch Sonder
Belle, Verwaltungs
Obst, Vermittlungs
kulturmitteltelle) a
weiteres als befand
Landwirtschaft, belle
+ Die neuen
Arakt. Wir weisen
im Drisoperhebr
+ Die 7. 2011
unter die Gemein
bekannt macht, in

Im Z

Do gab es
die sich wieder
leidigungsfähig
auch der Staad
erhöhen.

Gute und
Pronger gestri
abhängigkeit sch
tamen vielleicht
wurde aber am
Vicht gegeben u
der allzu ver
Tausende arm
geworden.

Ruch der Ma
wiederholt gem
und erstreckt
sch, aber, als er
Gerade jekt
an der Wörse f
som erworben
und aus dem h
angeben.

Die letzten
eine gäbe Que
erweiterte Gef
und auch gar
ke Grundstücks
enterte, hatte it
Varenberg's
neuen unterer
des Wätes gen
des das unang
6000 immer in
Garten hängen
... nstürme zu
... ummal hat

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Nauhof, den 27. September 1921.

Werkblatt für den 28. September.

Ernteaufgang	5 ²⁷	Wandaufgang	1 ¹¹
Sonnenuntergang	5 ⁴⁴	Wolkenuntergang	4 ²⁰

1808 Maler Ludwig Richter geb. — 1859 Geograph Karl Ritter gest. — 1864 Maler Altor Kampf geb. — 1870 Die Straßung Straburg Kapitular. — 1888 Enthüllung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald.

Das Reichsentschädigungsamt. In dem Gesetz über die Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen für Schäden aus Anlaß des Kriegs- und des Friedensschlusses ist die Errichtung eines Reichsentschädigungsamtes für Kriegsbeschädigten vorgelesen. Zur praktischen Durchführung der Einrichtung dieses Amtes und der Überleitung der im Vorkriegsentschädigungsverfahren tätigen Behörden in das Amt ist die Geschäftsstelle für Errichtung des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsbeschädigten eingerichtet, deren Diensträume sich in Berlin W. 68, Charlottenstraße 18, befinden. Die Geschäftsstelle erteilt in allen Angelegenheiten, die das Arbeitsgebiet des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsbeschädigten betreffen, Auskunft. Sie entscheidet ferner über Anträge auf Genehmigung der Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen auf Grund des Verdrängungsgesetzes, des Kolonialschadengesetzes und des Auslandsbeschädigungsgesetzes. Anträge auf Entschädigung sind nicht bei der Geschäftsstelle, sondern bei den von den Interessentenvertretungen der Geschädigten eingerichteten Vorprüfungsstellen einzureichen. Die Vorarbeiten für die Errichtung der Vorprüfungsstellen sind im Gange. Nach ihrem Abschluß wird nähere Bekanntmachung über die Zuständigkeit der Stellen und die Form der Anträge erfolgen.

Schmäderung deutscher Kriegergräber. Durch Aufnahme neuer Verbindungen mit den östlichen und südöstlichen Ländern ist der „Volkbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, E. V.“ an den diesjährigen Totengedenktagen (Totensonntag und Ahnenfesttag) zum erstenmal in der Lage, außer in Frankreich, Belgien und England auch in Rumänien, Polen und Galizien, Estland und Lettland deutsche Kriegsgräber mit Kranzen schmücken zu lassen. Die insgesamt in Frage kommenden 95 Friedhöfe sind in dem Septemberheft der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ bekanntgegeben. (Bundesgeschäftsstelle Berlin W. 10, Ratibärfischstraße 17 II).

Nauhof. Der für Sonntag angelegte Jugendtag brachte uns eine große Masse ausdauernder Profiteerjünglinge, welche teils per Bahn, teils zu Fuß hier ankam. Gegen 2 Uhr rückte das junge Volk in geschlossenem Zuge nach dem Marktplatz und gruppierte sich um den Handlager, wo eine Ansprache gehalten wurde. Von hier aus bewegte sich der Zug nach der Schloßmühle zu Jugendspielen, an welche sich ein Theaterabend im Stern anreihete. Der neue Dramatische Verein hatte dazu 2 Stücke vorgelesen. — In dem Zuge befanden sich etwa 1200 Personen mit dem Sowjetkern.

Als eine höchst unglückliche Person erwies sich die in der Mühle Einhardt bedienstete Magd L., indem sie es verstand, seit August d. Js. das Vertrauen ihres Dienstherrn zu mißbrauchen und nach und nach zahlreiche Wäschstücke und wertvolle Bekleidungsgegenstände im Werte von mehreren 1000 Mk. zu entwinden in der Absicht, die Sachen bei ihrer nun in Zukunft tuberkulösen Vermählung zu verwerten. Die Diebin wurde dem Amtsgericht Grimma zugewiesen. Bei einer der letzten Entwendungen wurde die Diebin erwischt. Die Sachen der Eltern in Grimma vorgekommenen Durchsuchung konnten sämtliche gestohlenen Sachen beschlagnahmt und dem Eigentümer zurückgegeben werden.

Kein Hartgeld zurückhalten! An Stelle des bisherigen, nunmehr zur Einziehung bestimmten, papierernen Kleingeldes ist in der letzten Zeit eine große Menge neues Hartgeld in Verkehr gesetzt worden. Trotzdem ist der Umlauf dieses Hartgeldes noch verhältnismäßig gering, so daß nur das Zurückhalten und das Anhalten dieser Kleingeldstücke die Ursache sein kann. Das Anhalten von Münzen ist sinnlos und gefährdet den Geldverkehr. Darum heraus mit dem Hartgeld!

Das sächsische Wirtschaftsministerium gibt bekannt, daß das Landeslebensmittelamt mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. aufgelöst wird. Die Abwicklungsgeschäfte und alle künftigen noch der Landeszentralbehörde auf dem Gebiete der Ernährung obliegenden Aufgaben erledigt das Wirtschaftsministerium, Abteilung Landwirtschaft. Mit der Auflösung des Landeslebensmittelamtes sind auch die durch Sonderverordnungen errichteten Stellen (Landeshauptstellen, Landesstellen, Landesstellen für Gemüse und Obst, Verwaltungsstellen, Verteilungsstellen für Eier und Landeslebensmittelstellen) aufgelöst, nur die Landesgetreibeinstelle bleibt bis auf weiteres als besondere Stelle des Wirtschaftsministeriums, Abteilung Landwirtschaft, bestehen.

Die neuen Fernspreckgebühren treten am 1. Oktober in Kraft. Wir weisen nochmals darauf hin, daß danach jedes Gespräch im Ortspreiskreis 25 Pfg. kostet.

Die 7. vorläufige Verteilung von Reichs-Einkommensteuer unter die Gemeinden wird, wie das sächsische Finanzministerium bekannt macht, in den nächsten Tagen beginnen und mit größter

Beschleunigung durchgeführt werden. Bei ihr erhalten die Gemeinden und Bezirksverbände Ueberechnungen auf ihren Reichs-Einkommensteueranteil für das Rechnungsjahr 1921. Diejenigen Gemeinden, die bereits bei den bisherigen vorläufigen Verteilungen mehr als 140 Prozent ihres neu berechneten vorläufigen Mindestanteils überwiesen erhalten haben, können bei der letzten vorläufigen Verteilung nicht berücksichtigt werden.

Die Anmeldung zum Religionsunterricht. Der sächsische Kultusminister Fleißner ist durch die Staatshandeln vertrieben, daß seine Verordnung über die Anmeldung der Kinder zum Religionsunterricht durchaus nicht verfassungsmäßig ist, wie es in den letzten Tagen ihm wieder vorwurfsweise wurde. Er erinnert an die Beantwortung der Anfrage über die sächsische Verordnung im Reichstage vom 4. Februar, die dahin ging, daß die Reichsregierung die sächsischen Bestimmungen für „durchaus zulässig“ ansehe; denn es sei bis auf weiteres den Ländern überlassen, die Form der Willenserkundung festzusetzen.

Die Neuregelung des Lehrplanges. Zu den Thesen des Berufsausschusses in Riesa über die Neuregelung des Lehrplanges schreibt der Landeslehrer des sächsischen Handwerks: „Die Zeitungsberichte über diese Frage lassen vermuten, als ob die Thesen unter Mitwirkung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen entstanden sind und demnach auch vom Landesamt des sächsischen Handwerks gebilligt werden. Dem ist aber nicht so. Die Thesen kennzeichnen lediglich die Stellungnahme des sächsischen Berufsausschusses in dieser schwierigen Frage. Was ganz erheblich ist aber hervorzuheben, daß darin der Lehrvertrag als ein Erziehungsvertrag anerkannt wird, was bekanntlich eine prinzipielle Forderung des deutschen Handwerks ist. Auch viele andere Punkte bilden eine durchaus brauchbare Grundlage, während andere Punkte auf das Handwerk als nicht mehr als die mit dem Lebensmittellieferanten lungenhellen Arbeitsträger zurückzuführen sind. Das Handwerk kann sich aber nicht damit einverstanden erklären, daß die Schulzeit generell in die Arbeitszeit fällt. Ebenfalls kann es die in den Thesen vorgesehene Regelung der Ferienzeit nicht anerkennen, da sie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse keine Rücksicht nimmt und diese Frage überdies durch den Lehrvertrag zu regeln ist. Auch kann das sächsische Handwerk nicht zugestehen, daß der schulfreie Teil der Lehre als Ersatz der theoretischen Ausbildung gelten soll. Einer Mitwirkung der Berufsausschüsse bei der Schulprüfung in Gegenwart der Lehrprüfungscommission steht durchaus nichts entgegen und erfolgt in vielen Annahmen bereits.“

Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverwundeter hat kürzlich in Halle, Krausenstr. 1, eine Geschäftsstelle für Mitteldeutschland (Sachsen und Provinz Sachsen, Groß- und Kleinstädte) eingerichtet. Die Kriegsbeschädigten und Kriegerverwundeten, die in Antennarbeitsstellen, wegen Heilbehandlung, Unterbringung oder in Berufsfragen Rat und Hilfe brauchen, können sich unersichtlich dorthin wenden. Der Zentralverband ist seit zwei Jahren seines Bestehens durch seine ausgezeichnete und erfolgreiche Arbeit auf sozialpolitischem Gebiet auf eine Viertelmillion Mitglieder angewachsen und vergrößert sich zu Lebzeiten. Diese starke Anziehungskraft erklärt sich auch durch seine völlig neutrale Haltung auf parteipolitischem und religiösem Gebiet, die ihn jedoch nicht hindert, in Richtung auf eine gesunde und vaterländische Entwicklung anderer öffentlichen Lebens im Sinne der Volksgemeinschaft hinzuwirken. Auch Kriegsgefangene und Kriegsleistungler sind im Zentralverband vertreten ihrer Interessen. Die sachverständige Leitung des Zentralverbandes durch seine Sozialpolitiker hat ihm schon bedeutenden Einfluss auf Gesetzgebung und Verordnungsarbeiten verschafft und gewährleistet eine weitere schnelle und glänzende Entwicklung.

Leipzig. Die Einverleibung der Vororte Großschöcher, Wahren, Pausdorf und Leutzsch nach Leipzig wurde vom Bezirksausschuß genehmigt. Die bürgerlichen Vertreter wurden nicht berücksichtigt. Die in Frage stehenden Gemeinden sind, wie fast alle Leipziger Vororte, überwiegend industrielle Ortschaften. Nach der letzten Zählung vom Mai 1920 waren in Großschöcher 50 Betriebe mit 2758 Arbeitern, Wahren 57 Betriebe mit 3622 Arbeitern, Pausdorf 49 Betriebe mit 2676 Arbeitern, Leutzsch 107 Betriebe mit 4678 Arbeitern vorhanden. Es kommen 33 570 Einwohner zu Leipzig.

Penig. Ein Schwindler treibt in der hiesigen Umgegend kein Unwesen. Derselbe wendet sich vor allem an Guldbesitzer, um sich als Dienstverpflichteter zu verkleiden. Damit derselbe sein umfangreiches Gepäck abholen kann, erbittet er Wagen, Pferd und Geld. Der Bauer hatte sich auf diese Weise in Thürbach einen kleinen Rollenhandwagen und Geld zu verschaffen gewußt, mit welchem er aber nicht zurückkehrt. Die Geschäfte wird der Mann 24 bis 26 Jahre alt, schlank, gekleidet mit einem grünmelierten Jackett, Schnürschuhen und einem grauen weichen Hut.

Leipzig. Am Sonnabend landete die Weib des Kreiskrankenhauseinsamlers Leising, welches über 200 Kranke aufnehmen kann. Es war vorher durch Stauungsarbeiten. In Pausdorf wurde die Grundbesetzung für das erweiterte Erholungsheim vollzogen.

Olzsch. Eine Anzahl Knaben und Mädchen sind mit 2 Kindern zu einer kläglichen Ferienreise ins Erzgebirge gefahren. Für die ärmeren Kinder hat das Gewerkschafts-Komitee einen Beitrag gestellt.

Dresden. Der Schloßhüter in Grohschütz, der von August dem Starken angelegt ist, soll in einen Vulkanort verwandelt werden. — In Strieken kam ein 18jähriges Mädchen unter die elektrische Mangel, wobei die Arme zerquetscht wurden. Wäre der Unfall nicht sofort bemerkt worden, würde auch der Kopf abgerissen worden sein.

Dresden. Müller-Brandenburg kommt nicht in die sächsische Landespolizei. Die von Dresden aus verbreitete Meldung, daß der frühere Leiter der sächsischen Landespolizei, Major Müller-Brandenburg, zum Dresdener in die sächsische Landespolizei berufen und daß auf diese Berufung der Rücktritt des bisherigen Leiters der Landespolizei, General Reichardt, zurückzuführen sei, entspricht, wie mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Major Müller-Brandenburg ist weder in die sächsische Landespolizei berufen, noch ist überhaupt mit seiner Berufung zu rechnen.

Bergringwalde. Ein trauriges Bild ergab hier die Untersuchung der Kinder anlässlich der bevorstehenden Quaderprüfung. Von 718 Kindern wurden nur 152 als gesund befunden.

Schandau. Einen schweren Verlust erlitt in Tscheln ein Reisender, der mit seiner Schwester nach Deutschland fuhr. Er hatte beabsichtigt, den Betrag von 480 000 Kronen nach Deutschland einzuschmuggeln und war, um den Betrag zu verdecken, auf die Toilette des Nordseebadhotels gegangen. In Schandau bemerkte er zu seinem Schrecken, daß er in der Aufregung den Betrag auf der Toilette hatte liegen lassen. Der Finder hat sich nicht gemeldet.

Glauchau. Wunderliche Grenzverhältnisse. In dem Dorfe Wickersdorf geht die Grenze mitten durch ein Haus und sogar durch den Ofen, so daß es öfters vorkommt, daß in der Kochkammer der Küche im Wickersdorfer und die Kartoffeln auf sächsischer Seite gekocht werden. In einem Nachbarort durchschneidet die Grenze einen Kuhstall, so daß die Kühe, während sie im sächsischen Gebiet stehen, ihr Futter im Wickersdorfer zu sich nehmen. Die vergangene Zeit lieferte noch viel mehr Komisches. So kamen früher in Waldschlösschen, wenn dort die Schornsteine gelegt wurden, nicht weniger als fünf verschiedene Schornsteinleger aus Wittenberg, Schmölln, Meerane, Grimmlitzschau und Zschandau zusammen.

Werdau. Der erste weibliche Bäckermeister. Die Bäckerinhaberin Martha Kehler im benachbarten Stenn legte vor der zuständigen Prüfungskommission die Meisterprüfung ab und erscheint daher als erste Bäckermeisterin in hiesiger Gegend.

Zwickau. Ein Lebensmittelhändler. Felsenommen und der Staatsanwaltschaft zugewiesen wurde hier ein 20 Jahre alter Eisenbahngelieferer aus Raitzdorf. Er hat in einer Schwarzarbeiter Zeitung eine Anzeige mit der Ueberschrift „Deutsch-amerikanischer Lebensmittelvertriebs-Bund“ veröffentlicht, wonach jede Person nach Einzahlung von 30 Mk. einen größeren Posten Lebensmittel erhalten soll. Das Geld sollte postlagernd an hiesige Hauptpostamt geschickt werden. Der Schwindler konnte jedoch dabei abgefangen werden, wie er die eingezahlten Gelder in Empfang nehmen wollte.

Werdau. Ein interessanter Kampf konnte ein hiesiger Bürger an einem der letzten Nachmittage am Teichplan beobachten. Ein Stils, kaum 20 Zentimeter lang, griff mit wahrer Berichterstattung eine weiße Rahe recht strammen Kalibers an und schlug sie heftig aus dem Feide. Merkwürdig war der Mut des kleinen Räubers und Lebenswert die Schnelligkeit und Ausdauer, mit der dieser der Rahe, die den Kampf nicht aufgeben wollte, immer wieder an den Hals sprang und endlich heftig lächelnd den Platz verließ.

Nah und Fern.

Tod eines niederdeutschen Dichters. Hermann Bohrdorf, der in den letzten Jahren durch seine niederdeutschen (plattdeutschen) Dramen weiten Kreisen bekanntgeworden ist, ist in Hamburg im Alter von 44 Jahren gestorben. Bohrdorf war bereits seit mehreren Jahren gelähmt. Der Hamburger Senat hatte dem schwer leidenden Dichter im vorigen Jahre einen Ehrenlohn ausgesetzt.

Ein humaner Gerichtshof. In einem großen Verurteilungsprozeß, der vor einer Berliner Strafkammer verhandelt wird, waren einige Angeklagte wegen angeblicher Erkrankung nicht erschienen. Darauf hatte das Gericht beschlossen, die andern Angeklagten in Haft zu nehmen, um zu verhindern, daß durch weitere „Erkrankungen“ die Durchführung des Prozesses unmöglich gemacht würde. Unter den Angeklagten befinden sich nun drei, die schwere Alkoholiker und Morphiumisten sind. Ein ärztlicher Sachverständiger erklärte, daß bei diesen drei Angeklagten die sog. Abstinenzerscheinungen so stark sind, daß die Gefahr einer Verhandlungsunfähigkeit vorliege. Das Gericht beschloß deshalb, den drei Angeklagten zu gestatten, Alkohol oder Morphium in geringen Mengen zu sich zu nehmen, um jene Abstinenzerscheinungen zu beseitigen. Da es aber den gesetzlichen Bestimmungen widerspricht, daß Gesangene derartige Kartoffeln gebrauchen, wurden die Angeklagten aus der Haft entlassen.

Großfeuer in Friedrichshagen. In dem Sägewerk der Rabelwerke Oberspree in Berlin-Friedrichshagen brach ein gewaltiges Feuer aus, durch das das Sägewerk und die zugehörige Riffenfabrik vernichtet wurden. Riesige Holzstücke wurden außerdem ein Raub der Flammen. Es wird Brandstiftung vermutet.

Explosion eines Pulverlagers. Infolge der Explosion eines Pulverlagers im Dorfe Cosmaise bei Erfurt wurden durch Großfeuer etwa 30 Häuser zerstört. Während der Löscharbeiten explodierte eine Riffe mit Sprengstoffen, wobei drei Personen getötet und 15 verwundet wurden.

Im Wechselspiel des Lebens.

Roman von Konrad Konig.

Da gab es eine große Anzahl unbedingter Wädiger, die sich wählten und ihre Ansprüche geltend machten; Beleidigungen entwideln sich, und schließlich sah sich auch der Staat anwalt veranlaßt, die öffentliche Anklage zu erheben.

Gute und angesehene Namen wurden dadurch an den Pranger gestellt und mußten ihre Bewusstheit und Leichtgläubigkeit schon damit teuer genug bezahlen, wenn man ihnen vielleicht auch sonst nichts anhaben konnte; gleichzeitig wurde aber auch das Treiben gewisser dunkler Existenzen ans Licht gezogen und unschädlich gemacht; und endlich war man aber allzu verurteilungslos überlassen zwar um mehrere Tausende ärmer, aber auch um eine Erbschaft reicher geworden.

Auch der Name Behrmann wurde bei dieser Gelegenheit wiederholt genannt, und Paul mußte, aufs höchste bestürzt und erschreckt zusehen, wie seine Prophygehung — noch schärfer, als er selbst gehütet, in Erfüllung ging.

Gerade jetzt war ihm diese Angelegenheit fatal. Er war an der Börse stark engagiert und brauchte das ganze mühsam erworbene Ansehen seines Namens, um sich zu halten und aus dem heißen Kampfe noch einmal als Sieger hervorzugehen.

Die letzten Monate hatten ihn arg mitgenommen, hatten eine große Energie gelöst und auch seine sonst so bewundernswürdige Geschäftsgewandtheit stark beeinträchtigt. Es war aber auch gar zu viel auf ihn eingestürzt; der Kampf gegen die Grundbesitzerbank, die mit einer Kapitulation seinerseits endete, hatte ihn viel Geld gekostet; dann kam die Flucht Glanzenbergs und das „Größen der Fabel“; zwischen durch waren wiederholt nicht unbedeutende Summen in die Hände des Vaters gewandert, mehr aber noch als dies alles hatte ihn das traurige Geschick seiner Schwester niedergedrückt, die nun immer nicht über den plötzlichen, freiwilligen Tod des Vaters hinwegkommen konnte und dabei alle ihre einstige Hoffnung zu verlieren schien.

„Nunmal hatte es sich in der Abendstunde zu seinem Mutter

geschlichen und sie auch allmählich allein zu Hause angetroffen. Aber dann, im letzten Augenblicke, fand er doch nicht den Mut, ihr sein Herz auszusprechen und sie mit seinen Sorgen zu quälen. Dann sah sie die beiden, Mutter und Sohn, die stets so treu zueinander gehalten hatten, sich fast fremd gegenüber, vermieden sogar das Begegnen ihrer Blicke und sprachen von alltäglichen Dingen, hinter denen sich das wirkliche Leid ihrer Seelen zu verbergen suchte.

Von den Ereignissen im Sportklub hatte er bisher nur Allgemeines und in großen Zügen, wie es eben die Zeitungen brachten, erfahren. Der Vater, der ihm nähere Aufschlüsse hätte geben können, wich ihm in letzter Zeit gefühllos aus und entschloß sich erst im letzten Augenblicke zu einer Aussprache mit ihm, an der Paul zu seiner größten Bestürzung erlah, wie bedenklich die Sache stand.

Vielleicht, verlor er völlig sattsungslos hatte der Kohlenhändler ohne jedes einleitende Wort und ohne weitere Erklärung eine gerichtliche Verladung aus der Tasche gezogen, sie dem Sohne vor die Augen gehalten und nur hinzugefügt: „Es ist soweit, mein Sohn! Von diesem Schläge werde ich mich nie erholen können. Ich bin ein Opfer der Verhältnisse geworden, und Du, Deine Mutter und unser armes Mädchen, Ihr habt mit zu leiden darunter. O, wenn doch wenigstens ihr drei mir glauben wölltet, daß ich unschuldig zugrunde gehe!“

Er konnte selbst in diesem Augenblicke die Woge, die thematische Woge und den pathetischen Ausdruck nicht unterlassen, warf sich völlig gebrochen in einen Sessel, stützte den Kopf in die Hand und spielte den tragischen Weiden und Mäntel des Schicksals.

Paul sah, schüttelte den Kopf, faltete das Schreiben wieder zusammen und sagte endlich: „Aber, wenn Du doch unschuldig bist, Vater —“

„Wie ein neugeborenes Kind, Paul! Du zweifelst doch nicht daran? Hast Du Deinen armen, unglücklichen Vater jemals für etwas anderes als für einen Ehrenmann gehalten?“

„Gewiß nicht, Vater! Aber, Du bestrafst Dich, daß ich Dich schon damals warnte!“

„Nicht keine Vorwürfe mehr, mein Sohn!“ er erbot be-

schwörend die Rechte. „Es ist zu spät. Ich sagte Dir schon, daß ich ein Opfer der Verhältnisse geworden sei. Ich bin unrettbar, mein Kind. Nimmst Du nicht mehr an mich?“

Er sagte es, als stünde er schon an den Stufen des Schafotts.

„Ich will versuchen, Dir einen kurzen Ueberblick zu geben,“ fuhr er nach einer Pause fort, lehnte sich zurück, und faltete die Hände, „ich bin ein Opfer der Verhältnisse geworden!“ Diese Wendung schien ihm ganz besonders zu gefallen vielleicht gerade wegen der Unklarheit und Vieldeutigkeit, die darin lag, die Verbindung des Sportklubs, der ihm im Anfang ein so großes Vertrauen und gewisse Sympathien entgegengebracht, war von vornherein ungesund,“ auch dieses Wort klang in seinem Mund bedeutungslos und vieldeutig; er hatte es sich offenbar bereits für spätere Zwecke zurückgelegt, „wir hatten uns auf zu großen Dinge eingelassen; das Grundkapital, eine recht ansehnliche Summe, wurde für unbedeutende Nebenzwecke ausgegeben. So kam es, daß fast keine unserer zahlreichen Viereranten bezahlt werden konnte. Eine Schmach und Schande, wenn man bedenkt, daß gute und kreditfähige Namen, zu denen ja auch der unsereige gehört, verantwortlich zeichneten!“

„Jawohl! Auch ich habe bereits darunter leiden müssen. Mein Name, unser Name, Vater, hat nicht mehr den alten, guten Klang an der Börse.“

Es sollte kein Vorwurf für den Vater sein, Paul sagte es mehr als Bestätigung zu sich selbst. Aber Richard Behrmann reakte schuldbehaftet den Kopf und fuhr endlich feindselig fort: „Das aber war bei weitem noch nicht das Schlimmste! Ich muß Dir einen Namen nennen, einen Mann, den wir, lange vor dieser Geschichte, unserer Freundschaft gewürdigt haben; Zigmund von Malowski!“

„Was?“

„Jawohl! Er!“

„Der Vete mit den nichts-würdigen, schwarzen Augen?“

„Und der fragwürdigen Vergangenheit? Wie kommt Ihr nur?“

„Wie kommt Du?“

„Keine Vorwürfe, mein Sohn! So gerechtfertigt sie sein mögen!“ Wieder die abweisende Geste, „wir haben ihn zu spät durchgesehen.“

Die Wohnungsnot. Im preussischen statistischen Landesamt werden vierteljährlich die Zahlen zusammengetragen, die der Rot der deutschen Bevölkerung an eigenen Wohnungen Ausdruck geben. Die Zahlen des ersten Vierteljahres 1921 sind geradezu erschütternd. Es werden in allen Orten Preussens mit mehr als 10 000 Einwohnern insgesamt 585 128 Wohnungen jeder Größe gesucht. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Zahl der fehlenden Wohnungen nur 536 838, so daß in der Zwischenzeit statt einer Abnahme der Rot eine Vermehrung um nahezu 50 000 fehlende Wohnungen stattgefunden hat. Die entsprechenden Zahlen für das gesamte Deutsche Reich ergeben sich annähernd durch die Zufügung von 36 Prozent.

Schwerer Unfall bei einem Radrennen. Auf der Radrennbahn in Köln ereignete sich bei dem Rennen um den „Großen Herbstpreis“ ein schwerer Unglück. Zwei Schrittmachermaschinen stießen zusammen und begruben den Rennfahrer Wittich-Berlin unter sich. Wittich erlitt einen Herbschlag, schwere innere Verletzungen und eine tiefe Wunde an der rechten Seite. Die beiden Schrittmacher kamen ohne erhebliche Verletzungen davon.

Die Besteigung des Gaurisankar. Die „Times“ veröffentlicht eine Drahtung des Obersten Howard Bush, des Führers der Expedition zur Erforschung des Mount Everest (Gaurisankar), des höchsten Berges der Erde. Der Oberste teilt mit, daß es der Expedition gelungen ist, nach vielen vergeblichen Versuchen, die Gippen des nördlichen Ausläufers des Everest zu erreichen. Von hier aus könne es möglich sein, die Spitze des Berges zu erklimmen, sobald der Frost den frischgefallenen Schnee gehärtet hat.

Bunte Tages-Chronik.

Köln. Ein Bedenmeister aus Bochum, der mit seiner Frau in Unfrieden lebte und sie nach einer durchgehenden Nacht erschossen hatte, wurde hier vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Kreuznach. Die hiesige Polizei verhaftete zwei Männer aus Heidelberg, die für anderthalb Millionen geklopfene Banknoten veräußern wollten.

London. Der französische Kohlendampfer „Sophie“ ist im Schwarzen Meer auf eine Mine gestoßen und gesunken.

Schlusssdienst.

Frühnachrichten vom 25. September.

Der Stimmungsumschwung in Oberschlesien.

Berlin. In den letzten Tagen sind beim Auswärtigen Amt Telegramme aus Kattowitz und Biele eingetroffen, die ungeheuer gleichlautend mit einem heute eingetroffenen Telegramm aus Glatz sind: „Durch die polnische Propaganda irreführt, haben wir unsere Stimmen für Polen abgegeben; wir bedauern diesen Schritt und wünschen, wenn nur die beiden Kreise Biele und Kattowitz an Polen fallen sollten, diese im Verbände des Deutschen Reiches zu belassen, andernfalls wünschen wir die Errichtung eines freien Obereschlesien, auf keinen Fall wollen wir bei Polen bleiben.“

Spenden für Oppau.

Berlin. Die Siemens-Rhein-Elbe-Schulert-Union hat für das Oppauer Hilfswerk einen Betrag von 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. — Das Schwedische Rote Kreuz spendet den Geschädigten von Oppau einhunderttausend Mark. — Die preussische verfassunggebende Kirchenversammlung beschloß, bei den Kirchenregierungen die schleunige Veranstaltung einer Kirchenjammlung zur Linderung der Not anzuregen.

Die Liebesgaben für Oppau.

Berlin. Die Liebesgaben für Oppau werden auf der Bahn freischieflich befördert. Es empfiehlt sich, die Sendungen als „Liebesgaben für Oppau“ im Frachtbrief kenntlich zu machen und an den Stadtrat in Ludwigsbühl zu adressieren.

Das Saargebiet wehrt sich.

Saarbrücken. Trotz des starken Druckes, den die Regierungskommission ausübt, haben die Gemeindevertretungen von Saarbrücken und den meisten anderen Orten des Saargebietes die Einführung der Französischen Sprache für ihre Beamten und Angestellten abgelehnt.

Das Münchener Oktoberfest.

München. Anlässlich der drei Oktoberfesttage hat in München ein starker Zustrom von Fremden eingeleitet. Die landwirtschaftliche Maschinenausstellung ist durch den Landwirtschaftsminister Wupholer auf der Theresienwiese eröffnet worden. Zu der Trachtenschau haben sich über 150 Volks- und Gebirgs-Trachtenvereine angemeldet.

Drohende Ausperrung.

Gera. Nachdem am 20. September in Gera und Regensburg insgesamt 500 Färbereiarbeiter in den Ausstand getreten sind, hat die Arbeitergemeinschaft der Webereien und Färbereien nunmehr einstimmig beschlossen, am Donnerstag, den 29. September die Webereiarbeiter auszusperren, wenn bis Mittwoch früh die Färbereiarbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Von der Ausperrung würden etwa 12 000 bis 13 000 Webereiarbeiter betroffen werden. Im Geraer Bezirk sind außerdem die in der Teppich- und Filzindustrie beschäftigten Arbeiter in den Ausstand getreten.

Das Attentat auf Bilsudski.

Lemberg. Als der Staatschef Bilsudski in Begleitung des Staatsalters Grabowski von dem Empfang anlässlich der Eröffnung der Lemberger Messe im Rathaus zurückkehrte, gab ein junger Mann mehrere Revolvergeschosse gegen das Auto des Präsidenten ab. Ballisten packten den Attentäter und schlugen ihm die Waffe aus der Hand, wobei er durch eine weitere Kugel selbst verletzt wurde. Der Staatschef blieb unversehrt, dagegen wurde Grabowski von den Augen gestreift. Der Attentäter wurde als der Sohn des Lemberger Advokaten Fedak festgestellt. Er ist Ukrainer und gibt an, daß sein Anschlag nur gegen den Statthalter gerichtet gewesen sei.

Die „Freundschaften“ der Großmächte.

London. Im weiteren Verlauf seiner Rede in Dunbar erklärte Churchill noch, England sei gezwungen, seine Flotte aufrecht zu erhalten, und es könnte auch auf das Mindestmaß militärischer Streitkräfte nicht verzichten. Wenn man den Schwierigkeiten der Nachkriegsperiode begegnen wolle, so müsse ein friedliches Zusammenwirken zwischen den führenden Nationen bestehen. Es gebe zwei große Gruppen von Nationen, von denen jede notwendig sei für das Weltleben und die Sicherheit der Welt. Erstens sei notwendig das Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlhaberei Europas wieder aufzubauen. Weiter sei notwendig das Zusammenwirken der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans, um neue Wettbewerber in den Rüstungen zur See zu verhindern und um den Frieden des Stillen Ozeans zu sichern. Das Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Deutschland würde niemals zustande kommen, wenn England mit Deutschland auf Kosten Frankreichs Freundschaft habe. In gleicher Weise könne England keine Freundschaft zur See im Stillen Ozean sichern oder seinen Rüstungen zur See Einhalt gebieten, wenn es seine wohl erprobte Freundschaft mit Japan beiseite werfe.

Schwedische Kritik am Völkerbunde.

Stockholm. Zur Wiedergeburt des Völkerbundes schreibt „Stockholms Dagblad“: Die bekannt, besagt die wirtschaftliche Wiedergeburt in ihrer strengsten Form auch die Wiedergeburt der Zivilbevölkerung von der Lebensmittelfürsorge. Der Hungerkrieg ist nunmehr am Ende vom Völkerbunde funktioniert, dessen Zustandebestimmen einmal als verheerungsvoller Vorboten einer neuen und besseren Zeit angesehen wurde.

Welt- und Volkswirtschaft.

*** Goldankauf.** Auch in der begonnenen Woche erfolgt der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 450 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 225 Mark für ein Zehnmarkstück. Für 1 Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 63 000 Mark, und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

*** Feuerungsverhältnisse in den einzelnen Städten.** Die Ziffern über die Feuerung in vielen deutschen Städten liegen zurzeit vor. Die Zahlen — der sog. Index — bedeuten die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung, wobei die Zahl 100 für den früheren Stand und das entsprechende Vielfache davon für den jetzigen zu rechnen ist. Die jetzigen Ziffern betragen in Berlin 1045, Hamburg 1099, München 1092, Dresden 1013, Breslau 999, Essen 978, Frankfurt a. M. 1101, Nürnberg 1086, Stuttgart 1046, Chemnitz 1008, Dortmund 1014, Magdeburg 999, Königsberg in Pr. 980, Mannheim 1139, Kiel 1028, Augsburg 976, Kachen 1201, Braunschweig 973, Karlsruhe 1032, Erlang 1048, Lübeck 1031, Jagen 1037, Ludwigshafen 1073, Darmstadt 1061, Frankfurt a. M. 997, Solingen 1143, Halberstadt 970, Schwerin 973, Rottowitz 1083, Heidenau 926, Göttingen 982, Eisenach 1061, Dorford 990, Waupen 1028, Gießen 1091, Oldenburg 1009, Schweinfurt 1040, Eberswalde 1028, Fulda 1085, Reichenbach i. Sch. 978, Kuerbach i. S. 951, Rastenburg 925, Seib 1061, Grimma 971, Blumenthal 990.

*** Verkehr mit Kohlen.** Unter Bezugnahme auf die kürzlich in der Presse veröffentlichte Mitteilung, wonach für einzelne bereits häufige Kohlenarten in Zukunft die Weid- und Bezugscheinpflicht aufgehoben wird, weist der Reichskommissar für die Kohlenverteilung ausdrücklich darauf hin, daß die Bestimmungen über Ein- und Ausfuhr von Kohlen hierdurch keinerlei Änderung erfahren. „Selbstverleugung“ Kohlenhändler dürfen auch mit den aus Weid- und Bezugscheinpflicht freigegebenen Brennstoffen keinen Handel treiben und keine Verträge über solche Brennstoffe vermitteln. Das Verbot bleibt in vollem Umfang bestehen.

*** Berliner Produktendörse.** Notierungen im freien Verkehr vom 26. September. Weizen 225—235, Roggen 180—184, Hafer 184—185, Mais 162—166 für 50 Kilogramm ab Verladung. Langstroh 19—22, Weizen- und Roggenstroh 20 bis 22, Halberstroh 23—26, Maschinenstroh 18—21, Häfeln 23—26, Bienenheu 57—62, Heuballen 67—70, Kleehheu 85—89, Wicken 170—175, Ackerbohnen 160—185, Linsen 170—180, Erbsen 170—180, Weizenmehlklasse 60—60 Okt., Jan. 100—115, Erbsenmehlklasse Okt., Jan. 115—118 für 50 Kilogramm ab Verladung.

Arbeiter und Ungehefte.

Berlin. (Einigung im Buchdruckgewerbe.) Die unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Brach vom Reichsarbeitsministerium geführten Einigungsverhandlungen hatten Erfolg. Die Prinzipalität machte das Angebot, für die höchste Klasse der Gehilfen ab 1. Oktober 355 Mark, ab 15. November 380 Mark mit entsprechenden Abstrichen für die Ledigen und für die Orte mit niedrigeren Lebensaufschlägen zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der Gehilfenschaft angenommen.

— Redaktion: Robert Götz. Druck und Verlag Götz & Götz in Leipzig —

Mühle Lindhardt
Donnerstag, den 29. September 1921 von abends 7 Uhr ab
Grosses Streichkonzert
ausgeführt von der gesamten Stadtkapelle.
Besonders gewähltes Programm.
Darauffolgend der beliebte **Eliteball.**

Die Preise steigen!
Wer jetzt kauft, spart, daher empfiehlt es sich, auch späteren etc. Weihnachtsbedarf schon jetzt zu decken. Überzeugen Sie sich von der Güte und Billigkeit meiner Waren!
Hemdentuche, Bettwäsche, Handtücher, Taschentücher, Fianelle in 30 Mustern, Kleiderstoffe usw. Größtes Lager in fertigen Schürzen aller Art. Reiche Auswahl in 1a Stickereien. Vorchent weiß u. farbig bester Qualität!
Nur streng reelle Ware zu billigstem Preis.
Frau E. Dietrich, Raunhof, Wurzenstr. 53.

Der geehrten Einwohnerschaft von Raunhof und Umgegend zur ... gest. Kenntnis, daß ich das ...
Botenfuhrwerk Raunhof-Leipzig
jeden Mittwoch und Sonnabend übernommen habe.
Bestellungen erbittet
Oswald Stuhlträger, Raunhof, Klingner Str. 27.

Rauchwaren-Zurichterei u. Färberei
Raunhof, Wurzenstraße 8—10
Finsterbusch, Holzsch u. Taubert
kaufen rohe Felle jeder Art.

Wohnungstausch Leipzig
Große sonnige, bestens erhaltene 5 Zimmer-Wohnung mit Bad, Innenhof, elektrisch Licht, Gas, sofort oder später zu tauschen gesucht.
Angebot erbittet:
Johannes Thomas, Leipzig, Langestraße 33, (Marienplatz).

Grüße Näherinnen
für Blumen, auch außer Haus, sucht
Müller, Raunhof, Waldstr. 21.

Flottgehendes Geschäft
mögl. Buch- oder Papierzhandlung zu kaufen od. vachten gesucht. Angebote untl. „Geschäft“ an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbitten.

Herr sucht 2 leere
Zimmer
(möglichst Hochgelegentl.).
Angebote untl. „A. A.“ an die Expedition dieses Blattes erbet.

kl. Zimmerklosetten
zu kaufen gesucht.
Offerten untl. „Ofen“ an die Exped. dieses Blattes.

Achtung!
Ziegenzuchtgenossenschaft
Nachdem Herr Bachmeier die Böcke freiwillig abgegeben hat, stehen dieselben ab heute zum Decken bei Herrn Kästner, Breitestr. Nr. 15 D. V. Franke.

Verkaufe eine Fabre prima
Weißfrant
von 1/2 Str. an zum Souerkraut. Maschine von Mittwoch früh zum Einschneiden bei mir.
G. Lindner.

Wannenbäder
gibt's jederzeit außer Sonntags, Schloßmühle.

Am Sonntag mittag 1/2, 12 Uhr verschied ganz plötzlich unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau
Pauline Hessler
geb. Heider, im Alter von 63 Jahren.
Dies zeigen tiefbetruert an
NAUNHOF, den 27. 9. 1921
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 1/2, 2 Uhr vom Trauerhause Wurzenstr. 2 aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer unvergesslichen lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter
Frau Wilhelmine verw. Hönemann
sagen wir unseren aufrichtigen Dank, insbesondere allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten. Ferner Dank Herrn Pfarrer Herbrig für die trostreichen Worte am Grabe sowie Herrn Organist Geipel nebst Schülern für den erhebenden Gesang. Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Habe Dank“ in die Ewigkeit nach.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.



Henko
Johann's-Wafer-Weiß-Sober
Herstellung für Gläser und Flaschen
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Henkels Fabrikate
sind im Engroshandel zu beziehen durch die Firma
Alfred Bislich,
Naunhof-Leipzig, Tel. 136.

Int. Bund der Kriegsopter Ortsgruppe Naunhof.
Donnerstag, d. 29. Septbr. abends 8 Uhr im Restaurant Stadt Leipzig
Mitglieder-Versammlung
Da Tagesordnung sehr wichtig, Erscheinen aller unbedingt notwendig.
D. B.
Geld leiht reell. Leuten koflenl. Schneeweiß, Seebad Wlbedek Villa Ursula.

Ma
Abrechtshain
Dieses Blatt
Erfahrung
für den folg
ohne Austr
Gewalt, Ar
keinen Baj

Nummer 110

Kleine
* Zwischen Deut
zum Abdruck gefan
Hochschulen des deut
* Die Rheinsof
haben werden.
* Der Verfassung
das in den Berlin
zu den Verordnun
30. August 1921 und
* Der Münchener
standkommen der
rückgetreten.
* An der Berlin
128. Markt im freien
* Die Interallier
don, daß die deut
der Kommission im
* In Keustreitig
Gumpertbind, der A
* Wegen der we
rung der Erlebigun
die Vamberbank bür
reich zurückzetre

Fried
Was dem zu
zweitgrößten deut
nicht gelangen woll
Lerchenfeld, so
Sowohl seine Ber
Austreten im Ver
tagess haben rasch
heute kann man so
darf, geringfügiger
und München ein
worden ist.
Wenn man es
in der Personenfra
Sache wesentliche
hätte vielleicht auc
barte Kompromiß
leidige Konfliktst
wischen und viele
neuen Beschwerde
instanzen wiederun
nicht soweit entgeg
Lerchenfeld gegen
haben und drüben
ihrer Hilfe ein of
Nach Herrn v. Ra
Münchener Pol
Schauplatz abgetre
Vollteil, zu der sic
schließen mußten.
Wie hat man
funden? Den erst
tan, indem sie sic
nung des Reichspr
bestimmungen vom
pelle Segenleisun
die Verordnun
außer Kraft gefeg
liner Vereinbarung
geschehen. Der Be
tagess hat statt bes
Erneuern der babe
ben sollte, zu beur
punkt für gegeben
von der oben die
men, daß sie zu
Man wollte auf d
baherischen Staats
nahmestandes an
um nicht die Ausf
folcher Entschluß v
keine Verschleieru
Graf Lerchenfeld v
tober die Ausnahm
eher, als zwischen
einstimmung darü
desregierungen na
nach wie vor bere
weiterhin einstell
den Inhalt der n
hinzuweisen, und
erlag, solchen W
dig werden sollten
Die neu zu
präsidenten soll
Verordnung vom
Schuß, soweit Ver
bisher Vertretern
fassung zugest
lonen des öffentl
ständigkeitsfrage i
Staatsobohet für
Fürstliga für Be
lungen sind fortan